

Breslauer Zeitung.

Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 5 Mark, Wochen-Abnemen. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inserationsgebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeit-20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expeditoren: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag zweimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Nr. 96. Mittag-Ausgabe.

Sechzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 26. Februar 1879.

Deutschland.

O. C. Reichstags-Verhandlungen. 9. Sitzung vom 25. Februar.

11 Uhr. Am Tische des Bundesrathes v. Bülow, Hofmann u. A. Eingegangen ist die Uebersicht über den Stand der Bau-Ausführungen und Beschaffungen von Betriebsmitteln für die Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen und im Großherzogthum Luxemburg.

Bei Beginn der dritten Verhandlung des Handelsvertrages mit Oesterreich berichtet Abg. Witte (Köln) über die auf den Vertrag bezüglichen Petitionen, welche durch die Beschlüsse des Hauses über den Vertrag als erledigt gelten sollen. Es sind das die Petitionen der Handelskammer zu Stuttgart, betreffend die Sicherung deutscher Besitzter österreichischer Prioritäten, des Webervereins in Selb, betreffend die Förderung des Verkehrsverkehrs und des Verbandes schlesischer Leinen- und Baumwollenindustrieller gegen die zollfreie Einfuhr von Rohleinen. Von tieferer Bedeutung ist die Petition der Breslauer Spiritusfabrikanten, welche darauf hinweisen, daß Oesterreich-Ungarn beim Export von Spiritus gegenwärtig eine über die Verträge hinausgehende Exportprämie gezahlt werde, d. h. eine größere Ausfuhrprämie gegenüber der in Oesterreich-Ungarn bestehenden und erpöbten inneren Steuer. Bei der Wichtigkeit dieses Gegenstandes für unsere Industrie und mit Rücksicht darauf, daß Art. 3 des Vertrages und die Bemerkungen im Schlussprotokoll es allerdings möglich erscheinen lassen, wenn diese Thatsachen richtig sind, auch während der Dauer dieses Vertrages eine Abänderung bei seiner Ausfuhr eintreten zu lassen, beantragt die Petitionskommission, dem Reichstanzler diese Petition zur Prüfung und eventuell Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. v. Bunsen: Es muß befremden, daß bei einer dreitägigen Debatte über den Handelsvertrag mit Oesterreich, der das Schicksal von Tausenden berührt, die speciellen Leiden und Freuden, die aus ihm erwachsen, nicht zur Sprache gekommen sind. In erster Reihe werden die schlesischen Leinwandweber durch die zollfreie Rohleineinfuhr auf das allerempfindlichste getroffen, sie, die gerade die Befreiung von ihren alten Leiden von einem neuen Vertrage mit Oesterreich gehofft hatten. Von dort her pochen Klagen sehr empfindlicher, sehr aufgeregter Art an unsere Thür: „Wenn uns die Regierung gänzlich im Stich läßt, wenn sie uns als Kanonensputter verwendet, die wir in entscheidender Schlacht manches Bataillon zur Erhaltung des Ganzen gestellt haben, wenn sie unsere höchsten Interessen preisgibt, dann —“ ich erlasse mir und Ihnen den Nachsatz, und wünsche nur, wenn ich deshalb auch keine besondere Resolution einbringe, daß bei einer etwaigen Verlängerung dieses oder bei dem Abschluß eines neuen Vertrages dieses geschädigten Interesses gedacht werde und die Ueberschätzung des Verkehrsverkehrs, der als Aequivalent für jene Schädigung zu gelten pflegt, nicht fortbauern möge. Es ist kein Wunder, daß das Haus bei der ersten Gelegenheit unwillkürlich auf eine Befragung der ganzen Sachlage gerathen mußte. Das Erstaunen über die Wandlung der wirtschaftlichen Politik der Reichsregierung mußte einen Jeden zum Reden zwingen. Wir erwidern es von Anfang an, als beruhe diese neueste Politik auf einem großartigen Mißverständniß, auf einem Irrthum, wie er ärger und verhängnisvoller vielleicht niemals stattgefunden hat, auf einem Mißtrauen in die Wahrheit der bestimmten Zusage, die von der nationalliberalen Fraction erteilt wurde, daß der Reichstag die Hand bieten wolle zu einer Erhöhung resp. Einführung von Finanzzöllen, um mit den Erträgen derselben die Matricularbeiträge aus der Welt zu schaffen. Es ist mir unerfindlich, wie so bestimmten, autoritativen Erklärungen gegenüber ein Mißtrauen entstehen konnte. Soll ich an die bestimmten Zusagen erinnern, welche von den Abgeordneten v. Bennigsen, v. Stauffenberg und v. Kardorff hier im Reichstage in positiver Form abgegeben sind? Soll ich daran erinnern, wie wenig es im Interesse der Partei zu liegen schien, ein Geheimniß aus den Beschlüssen zu machen, zu denen man nach den Sitzungen im Februar gelangt war?

Man hat damals ausdrücklich erklärt, daß es die Absicht sei, die Finanzzölle keineswegs auf den Tabak allein in so hohem Maße zu bewilligen, als nöthig wäre, nicht bloß um die Matricularbeiträge zu decken, sondern einen erheblichen Ueberschuß zu liefern. Das ist — wie ich annehme — auch jetzt der Standpunkt meiner Fraction, und wenn ich an die bestimmten Abkommen zurückdenke, wofür wir es damals halten mußten, und jetzt sehe, wie auf einmal, statt darauf einzugehen, aus den Finanzzöllen ein ganzes System allgemeiner Schutzzölle geworden ist, die man nach Belieben fallen läßt, so kann ich mich ebenjowenig wie ein großer Theil des Publikums von dem Erstaunen über die Behandlung dieser Angelegenheit erholen. — Herr von Kardorff sagt, die österreichischen Unterhändler hätten von vornherein nicht auf die Erwägungen der deutschen Regierung eingehen können, wenn sie immer auf den bekanntlich freihändlerischen Reichstag hingewiesen hätten, der ja doch nicht hinter den Zweifel und Bedenken der deutschen Regierung stehen würde. Aber Herr von Kardorff hat ganz das große Ereigniß des vorigen Jahres vergessen, wo wir erlebt haben, daß am Schluß eines bloß für das Socialistengesetz zusammenberufenen Reichstages, die 204 zusammengesetzten sind, um sich zur Durchführung ihrer wirtschaftlichen Politik der Reichsregierung zur Verfügung zu stellen. In Wien ist gewiß bekannt gewesen, daß jede besorgliche Aeußerung der Unterhändler deutscherseits durch einen allem Anschein nach schützöllnerische Wehrheit im deutschen Reichstag getragen werden würde. Herr von Kardorff sagt, Frankreich bleibe nach wie vor protectionistisch, ich sage, wir bleiben auch nach wie vor protectionistisch. Aber Frankreich hat sich gebietet, auf den Furor der Schutzöllner, wie ihn der verstorbene Thiers empfand, einzugehen und bestirnt in dem gegenwärtigen Ministerium, welches in der Mehrzahl seiner Mitglieder wesentlich schützöllnerischen Principien huldigt, einen Mann, dessen Namen doch wohl auch in den Ohren des Herrn von Kardorff einen guten Klang haben wird, Herrn Leon Say, der Mitglied des Cobdenclubs ist, desselben Clubs, auf dessen spezifisch englische Eigentümlichkeiten Herr von Kardorff und seine Gesinnungsgenossen gar nicht aufhören, hinzuweisen.

Wenn ich Herrn v. Kardorff recht verhehe, so würde er mit der Aufgabe von Schutzzöllen einverstanden sein, wenn wir erst auf dem Gebiete der Vicinalwege und Wasserstraßen einen höheren Standpunkt einnehmen, als er gegenwärtig ist. Hier stimme ich wenigstens insofern mit ihm überein, als ich in dem Mangel an Vicinalwegen und in der geringen Entwicklung unserer Wasserstraßen einen wesentlichen Erklärungsgrund für die wirtschaftlichen Schäden unseres Vaterlandes erblicke, wenn ich auch weit davon entfernt bin, zu glauben, daß Schutzzölle inzwischen der richtige Weg sind, um diesen Mangel auszufüllen. Herr v. Kardorff hat in seiner Rede am Sonnabend für gut befunden, auf die Beziehungen einiger Mitglieder dieses Hauses zu dem in London bestehenden Cobdenclub hinzuweisen und dabei, was er vielleicht besser unterlassen hätte, auf einen Fremden hingewiesen, der vorübergehend in unserer Stadt gewesen ist und doch wohl das Recht gehabt hätte, in derselben Weise gaffraunlich aufgenommen oder in Ruhe gelassen zu werden, wie wir, wenn wir in das Ausland kommen, erwarten und gewöhnt sind, empfangen zu werden. Was würde Herr von Kardorff sagen, wenn er England besuchte, wenn er sich dort mit den wirtschaftlichen Verhältnissen bekannt zu machen strebte und sich mit den verschiedenen Spiritusinteressenten in der Privat-Unterhaltung auseinandersetzen suchte, was würde er sagen, wenn, ehe er nach London verlassen hätte oder, noch schlimmer, sobald er es verlassen hätte, auf einmal eine ganze Meute von Correspondenten und Correspondenten hinter ihm herfiel, um sein Thun zu verunglimpfen und seine Zwecke in den Staub zu ziehen? Herr Cartwright ist ein von Jugend auf in der deutschen Sprache und Literatur wohl bewandelter Mann, ein Mann von unübertrefflichen Kenntnissen, der speciell für Deutschland ein Herz hat, — er hat allen Anlaß dazu, denn seine Frau ist eine Deutsche. Er bringt alljährlich einen Theil seiner Zeit in Deutschland zu und hat, nachdem er seine beiden Söhne in Potsdam hatte erziehen lassen, alle seine Beziehungen, so oft es seine Zeit gestattet, wieder aufzurufen gesucht; wir freuen uns, wenn wir ihm hier oder anderswo begegnen. Er gehört zu der leider nicht sehr großen Zahl von Engländern, welche es sich zur Lebensaufgabe machen, die Interessen anderer Länder kennen zu lernen, sich in ihnen heimisch zu machen und die

dort gewonnenen Kenntnisse ihrem eigenen Vaterlande zum Nutzen im Parlament vorzutragen.

Dieser Mann, der nie in einem Auftrage irgend welcher Art die Hauptstädte Europas bereist und nur in der Eigenschaft als privater Beobachter zu seiner eigenen Information Berlin besucht hat, wird nun als Reiseapostel des Cobdenclubs bezeichnet und von dem letzteren selbst wird gesagt, es sei eine Gesellschaft, welche specifisch englische Zwecke verfolge und für dieselben gewaltige Summen ausbebe; wie ich aus der Zeitung ersehe, hat sogar ein Herr v. Ramin die Summe angegeben, welche von England aus, also doch wahrscheinlich von Seiten des Cobdenclubs, an die deutsche Presse verwandt würde; die Summe beträgt genau 57,000 Pfd. Sterl., also in deutschem Gelde 1,400,000 Mk. Wie alle gestifteten Nationen der Erde gehört auch Deutschland durch seine Ehrenmitglieder dem Cobdenclub an, ich nenne nur Herrn v. Reudell, unseren Botschafter in Rom, Professor Kasse und Professor Endemann in Bonn, Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses, beide Mitglieder der Fraction, die Herrn v. Kardorff als einen ihrer Führer betrachtet. In Frankreich gehören außer dem Finanzminister Leon Say, Lespès, Rouher und eine ganze Reihe von Männern aller Parteien dem Cobdenclub an, an deren äußerer Reinheit oder Patriotismus Niemand zu zweifeln gewagt hat. Es wäre gut gewesen, wenn uns der Vorwurf erspart bliebe, daß wir einen Fremden, der nach unseren Verhältnissen sich ertundigend unser Vaterland betritt, mit den schönsten Insinuationen verfolgen, daß wir nachher nur eine Entschuldigung auszusprechen vermögen und daß wir seine hiesigen Freunde und Mitglieder des Clubs mit hineinziehen mit Hinweisung auf Bestechung zu vieler. Ich kann mein eigenes Zeugniß dafür anführen, denn bei dem Wahlkampf in Hirschberg ist die Behauptung, daß ich durch den Cobdenclub besoffen würde und eine bestimmte Summe für die Stimme, welche ich für die Freihändler abgab, bekäme, im Druck colportirt worden. Die Ehrenmitglieder des Cobdenclubs zieht man zwar wohlweislich aus der Reihe der irgendwie nur dem Verdacht der Bestechung ausgesetzten Männer, aber im Lande draußen bleibt das Schlagwort, welches in den Worten „Cobdenclub, Bestechung, Cartwright“ liegt. Ich hielt es für meine Pflicht und zwar nicht bloß in meinem Namen, sondern auch im Namen Derjenigen, die wie ich unter dieser andauernden Verfolgung gelitten haben, diese Frage hier zu berühren, um sie, wie ich hoffe, ein für alle Mal und endgiltig aus der Welt geschafft zu haben.

Abg. v. Kardorff: Nicht von meiner Seite ist der Cobdenclub hier zuerst erwähnt worden, sondern von Herrn Bamberg, welcher den Vorwurf erhob, daß in der „Post“ die größten Verleumdungen ausgetrieben seien über Bestechungen von englischer Seite, von Seiten des Cobdenclubs; ich wurde von dem Redacteur der „Post“ gebeten, dies zu berichtigen, denn in der „Post“ ist nur das Sachliche der Unterredung des Herrn Cartwright mit einem mir unbekanntem Herrn mitgetheilt, alles persönlich Verleumdende, was in der volkwirtschaftlichen Correspondenz zum Eingange gelangt war, dagegen ausgelassen. Ich erkenne allerdings an, daß der Cobdenclub ein ideales Ziel verfolgt, ähnlich wie die internationale Friedensliga, aber er verfolgt auch ein sehr reales Interesse der englischen Industrie, wenigstens nach unserer Auffassung, und wenn es so einfach von der Hand gewiesen wird, als ob der Club mit Geldmitteln für seine Zwecke eintrete, so möchte ich doch den Abg. v. Bunsen bitten, sich in England selbst davon zu überzeugen; es wurden aus dem Fonds des Cobdenclubs der deutschen Presse Unterstüzungen im Interesse der Freihandelspolitik gewährt. (Abg. von Bunsen: Nicht wahr!) Wenn man jetzt von solchen übertriebenen Summen spricht, wie sie Herr v. Bunsen anföhrt, so muß ich das auch bestritten, denn ich halte die Engländer für viel zu gute Geschäftsleute, als daß sie für eine verlorene Sache auch nur einen Groschen ausgeben sollten. (Heiterkeit links, Beifall rechts.) Wenn der Redner die Wandlung unserer Wirtschaftspolitik auf einen Irrthum zurückzuführen wollte, so befindet er sich doch wohl im Irrthum; Angesichts der allgemeinen Nothlage hat der Reichstanzler offenbar seine wirtschaftspolitischen Ansichten modificirt, und ich glaube, wenn man heute von jener (nationalliberalen) Seite auf eine Erhöhung der Finanzzölle eingehen wollte, so würde der Reichstanzler nicht damit einverstanden sein, weil er sich darüber klar geworden ist, daß die Finanzpolitik allein nur einen sehr mittelbaren Einfluß auf Wohlstand oder Armut eines Landes ausübt.

Ich soll mich nun des Wortes „schützöllnerisch“ schämen; seit sechs Jahren habe ich mich stets als Schutzöllner bekannt. Wenn man nun gesagt hat, Friedrich List hätte nur im Interesse der deutschen Einheit Schutzzölle befürwortet, nach der Einigung Deutschlands seien sie also überflüssig, so sage ich umgekehrt: man kann die Grundfesten des Deutschen Reiches nicht mehr erschüttern, als wenn man seine wirtschaftlichen Grundlagen so gestaltet, daß sie nicht zum zunehmenden Wohlstande, sondern zur Verarmung des Landes führen. (Sehr wahr! rechts.) Der Nothstand ist da, weil wir 15 Jahre lang Freihandelspolitik getrieben haben. (Große Heiterkeit links.) Wir haben nun einmal diese Ansicht. (Abg. Bamberg: Kein Mensch glaubt Ihnen dies.) Frankreich hat um 1/2 höhere Zölle als Deutschland, obwohl es uns in seiner Fabricationsfähigkeit bedeutend über ist. In Frankreich gilt Herr Leon Say als Freihändler; wenn er hier stände, würde ich ihm noch lange nicht schützöllnerisch genug sein. Ich bin mit dem Abg. von Bunsen darin einverstanden, daß der Mangel an Vicinalwegen und Vicinalwasserstraßen unsere wirtschaftliche Entwicklung zurückgehalten hat, aber ich kann nicht sagen, daß wir der Schutzzölle nicht mehr bedürfen, wenn wir diese Vicinalverbindungen haben. So lange das Ausland sich gegen unsere Fabricate abschließt, so lange müssen die Schutzzölle bestehen. Der Abg. Delbrück suchte nachzuweisen, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse fortgeschritten seien, indem er die Importzölle für die Rohstoffe der Textilindustrie anführte und behauptete, der Verbrauch an roher Baumwolle sei seit dem Zeitraum von 1860—64 von 304 Pfund auf 603 Pfund pro Kopf in dem Zeitraum 1873—77 gestiegen. Dient denn der Herr gar nicht daran, daß durch die Annerion Elsaß-Lothringens die Zahl der deutschen Spindeln nahezu verdoppelt, nämlich von ca. 2,300,000 auf ca. 4,000,000 vermehrt worden ist? Daraus erklärt sich diese doppelte Quantität der rohen Baumwolle von selbst.

Wenn sich dann der Import roher Wolle seit 1860—64 von 86 Pfund pro Kopf auf 181 Pfund in 1873—77 gesteigert haben soll, so ist das für mich und andere Landwirthe sehr erklärlich, denn man hat die großen Schafherden eben abgekauft, weil man mit der australischen und russischen Wolle nicht mehr concurrenz konnte. Was den veränderten Verbrauch angeht, so möchte ich an den Ausspruch des Professor Reuleaux erinnern: Die deutsche Arbeit ist billig und schlecht; ich kann ihm darin nicht ganz unrecht geben; aber in dieser billigen und schlechten Arbeit liegt zugleich eine ungeheure Verwüstung des Rohmaterials. Die Herstellungskosten sollen möglichst billig sein, das ist aber nur auf Kosten der Haltbarkeit möglich, dadurch wird also ein vermehrter Consum mit Nothwendigkeit herbeigeföhrt. Man sieht also, wie bedenklich es ist, mit statistischen Ziffern so leicht umzuspringen. Und was ist denn mit den hohen Exportziffern wirklich für ein Beweis gewonnen? Ob das Exportgeschäft nicht vielleicht ein krankhaftes ist, will ich dahin gestellt sein lassen, ich nehme dies an; aber solche Ziffern beweisen mir nur, daß unsere Zollpolitik die Interessen des Zwischenhandels viel zu sehr berücksichtig hat. (Sehr richtig! rechts.) Ein Entschuldigungsgrund läßt sich für unsere Freihandelspolitik anführen — wir wollten versuchen, ob nicht unsere Nachbarn uns darin folgen. Wenn dies geschehen wäre, konnte man auf diesem Wege weiter gehen. Da dies nicht geschehen ist, so konnte der Erfolg nur der sein, daß heute die Erwerbsthätigkeit des ganzen Landes darniederliegt.

Wenn nun der Abg. Richter (Hagen) das Bestehen von Differentialtarifen für ausländisches Holz bestritten und gesagt hat, wir sollten uns von Herrn von Barmbüler über Differentialtarife belehren lassen, nun ich glaube, v. Barmbüler würde uns Recht geben und die Niederlage, welche der Abg. Richter am Sonnabend erlitten hat, würde damit nur befestigt werden. Das ausländische Holz wird thatsächlich auf der Oberhiesischen Bahn um die Hälfte billiger geföhrt als deutsches Holz, und gerade als Schutz gegen einen solchen Mißbrauch bedarf es eines Schutzzölles auf Holz und Getreide. Die altpreussischen Traditionen sind allerdings verlassen worden, aber nicht etwa von uns, sondern damit, daß man die Zollsätze in 15 Jahren fünfmal geändert hat. Wer ich hoffe, daß von einer Tradition

der deutschen Zollpolitik niemals abgegangen werden wird, nämlich davon nicht, daß in regelmäßigen Perioden unsere Zollsätze ermäßigt werden, je nach der Erstarrung unserer heimischen Industrie, aber mit mehr Vorsicht, als man dies bisher gethan hat. Der Hauptdifferenzpunkt ist der, daß man es als unmöglich bezeichnet, dem Nothstande mit gesetzlichen Maßregeln zu begegnen; seit 6 Jahren hofft man, daß der Nothstand von selbst aufhören werde. Ich sage, das wird niemals geschehen und hoffe, daß der Grundsatz des laissez faire und laissez aller niemals mehr einen Platz in unserer wirtschaftlichen Politik finden wird. (Beifall rechts.)

Abg. Delbrück: Die von dem Redner citirten Zahlen sind richtig. Er hat mir aber vorgeworfen, daß ich in Bezug auf die Baumwolle verschwiegen hätte, daß der Eintritt Elsaß-Lothringens in das Deutsche Reich den Baumwollenverbrauch naturnothwendig vermehrt habe, was bei der Wolle, daß die Wollproduction in Deutschland selbst zurückgeblieben sei. Ich habe den ersten Umstand nicht besonders hervorgehoben, weil er mir für die gegenwärtige Frage gleichgiltig zu sein schien. Es kam mir nur auf die Constatirung der Thatsache an, daß seit den letzten fünf Jahren, welche der Redner als eine Periode des wirtschaftlichen Rückgangs bezeichnete, der Verbrauch an Baumwolle sich in Deutschland nahezu verdoppelt hat. Diefelbe muß doch irgendwo geblieben sein. Ein guter Theil davon ist zur Ausfuhr gelangt, und der hat uns in den Stand gesetzt, einen Theil der Summen zu bezahlen, die wir dem Ausland schuldig sind für Thee, Kaffee etc. Es ist richtig, daß die Wollproduction zurückgegangen ist. Ich habe angeführt, daß in der ersten fünfjährigen Periode vor 1865 an roher Wolle pro hundert Köpfe 86 Pfund verbraucht sind, in der zweiten Periode 181 Pfund, die Differenz pro hundert Köpfe beträgt also rund einen Centner. Die Bevölkerung der letzteren fünfjährigen Periode beträgt 42 Millionen, also der Mehrverbrauch an Wolle durchschnittlich 420,000 Centner. Der Redner kann nicht behaupten, daß um diesen Betrag jährlich die Wollproduction zurückgegangen ist. Also auch hier bleibt die von mir aufgestellte Thatsache bestehen; meine Zahlen sind demnach richtig, soweit dies überhaupt möglich ist bei Zahlen, bei denen die Einfuhr und Ausfuhr zusammen mißfällt. Der Redner hat allen diesen Zahlen entgegengehalten, sie resultirten aus einer krankhaften Ausdehnung der Geschäfte. Wäre der Verbrauch zurückgegangen oder stehen geblieben, so würde man mit vollem Recht daraus auf einen Rückgang oder eine Stagnation der Industrie geschlossen haben. Nun ist eine ganz bedeutende Vermehrung des Verbrauchs eingetreten und da heißt es: ja, das ist eine krankhafte Ausdehnung des Geschäftsbetriebes. (Sehr gut! links.) Ich weiß schließlich nicht mehr, wie man über diese Verhältnisse argumentiren soll.

Die Hinweisung darauf, daß man durch schlechte Arbeit Material verschwendet habe, möchte ich doch von den vier Großindustrien, von denen ich hier gesprochen habe, im Allgemeinen fern halten. Ich bin überzeugt, daß die ganz überwiegende Mehrzahl der Gewerbetreibenden in diesen vier Großindustrien, in Beziehung auf die Qualität ihrer Waaren nicht um ein Haar besser oder schlechter sind als ihre Concurrenten im Auslande und zwar aus dem einfachen Grunde, weil sie ihr Geschäft nicht hätten treiben können, wenn sie es anders gemacht hätten. — Der Herr Redner hat mir soeben einen Vorwurf gemacht, daß ich, ohne die Vorlagen der verhandelten Regierungen abzuwarten, schon dagegen polemisch hätte, daß man eine gewisse Anzahl zur Zeit zollfreier Artikel mit einem Zoll belegen wolle. Ich habe mich sehr abichtlich von einer jeden solchen Polemik fern gehalten, weil es — und ich bin ja in diese ganze Discussion, soweit sie sich auf diese Gegenstände bezieht, wider meinen Willen gerathen — weil es mir sehr wenig sagt über Dinge zu discutiren, die nicht greifbar vorliegen. (Sehr richtig! links.) Ich habe mich auf die Artlegung der Genes des Tarifs von 1865 beschränkt und dazu war der Nachweis nothwendig, daß schon längst vor 1865 eine sehr bewußte und bedeutende Bewegung in unserem Tarif stattgefunden hatte, welche auf die Befreiung oder Ermäßigung der Zölle für Fabricatmaterialien gerichtet war. Ich habe ferner von preussischen Traditionen nicht gesprochen, sondern mich darauf beschränkt Thatsachen vorzulegen und es dem Hause überlassen daraus auf preussische Traditionen Folgerungen zu ziehen. Endlich hat er mir daraus einen Vorwurf gemacht, daß ich eine Befreiung des unzweifelhaft vorhandenen Nothstandes von der Aenderung des Zolltarifs nicht erwarte. Es ist nun allerdings eine principielle Meinungsverschiedenheit zwischen ihm und mir, die wir theoretisch niemals zum Austrag bringen werden. Ich habe in dieser Beziehung nur darauf hingewiesen, daß in dem jetzt protectionistischsten Lande der Welt, in America, Nothstände herrschen, die nicht um ein Haar von den unsrigen in der Intensität abweichen.

Abg. M. Wiggers: Die Ansichten des Reichstanzlers über den Transit russischer und österreichischer Waaren durch Deutschland sind durch Delbrück genügend widerlegt und es ist sehr zu bedauern, daß Fürst Bismarck, unter dessen Verantwortlichkeit eine sehr scharfe Kritik unserer früheren Handelsverträge in der Thronrede gegeben ist, unsere Handelsbeziehungen zu Frankreich nicht genauer getannt hat. Nach einer in Frankreich geföhrt Statistik hat sich in dem Zeitraum von 1867—1876 die Ausfuhr aus Deutschland nach Frankreich in allen Artikeln bedeutend vermehrt. Dabei hatte sie in den Kriegsjahren 1870 und 1871 bedeutend abgenommen. Also nicht die Handelsverträge sind Schuld an dem allgemeinen Rückgang der Geschäfte, sondern hauptsächlich die großen Kriege der letzten 25 Jahre, die 2 1/2 Millionen Menschen und 68 1/2 Milliarden Francs gekostet haben. Letztere Summe verdoppelt sich durch die Störung der Geschäfte und private Verluste. Der große Nothstand in America röhrt von den Schutzzöllen her; deshalb will man dort jetzt wieder zum Freihandel zurückkehren. Der Mangel an Vicinalwegen und Wasserstraßen kann nicht durch Schutzzölle aufgewogen werden. Wir müssen vielmehr, um mit den billigen Transportmitteln des Auslandes, namentlich Frankreichs, concurrenz zu können, zuerst unsere Verkehrsmittel verbessern. Während wir hier solche Neben über Eisenbahntarife, Staatsbahnsystem, Erwerb der Bahnen durch das Reich führen, und damit den deutschen Handelsverkehr höchstens noch lähmen, indem wir die Privatbahnen vom Bau der Localbahnen abschreden, verlangt die französische Regierung für die nächsten 10 Jahre die Bewilligung von 750 Millionen Francs zur Entwicklung des Wasserstraßensystems, 250 Millionen zur Verbesserung der Wege und 3 Milliarden zur Erweiterung des Eisenbahnnetzes. Der Staat kann zwar kein Geld vom Himmel herunterlangen, sondern er nimmt es aus der Tasche seiner Bürger. Aber er kann unterstützen und den Anfang machen, das Transportsystem zu entwickeln. Statt künstliche Theuerung zu schaffen, sollte man die Billigkeit des Materials und der Löhne benutzen, um die Transportmittel zu verbessern und so unsern Arbeitern Arbeit zu schaffen.

Das protectionistische System des Abg. von Kardorff unterscheidet sich nicht wesentlich vom Prohibitivsystem. Haben wir einmal Schutzzölle bewilligt, damit der einheimische Verbrauch nur durch die einheimische Production versorgt werde, so müssen wir später auch in eine solche Erhöhung der Zölle willigen, daß sie zu Prohibitivzöllen werden. Unbegreiflich ist es, daß dieselben, welche solche Beschränkung des Verkehrs wollen, sich gleichzeitig für den Weltpostvertrag erwärmen können, der doch den allgemeinen Verkehr beleben soll. Der Behauptung v. Kardorff's, daß der größte Theil der Nationalliberalen im Lande den Reichstanzler unterstützen wolle, ist von kompetenter Seite widersprochen worden. Friedrich List wollte durch Schutzzölle die einheimische Industrie nur vorläufig soweit unterstützen, bis sie den einheimischen Markt zu versorgen im Stande sei; darüber hinaus war er Freihändler und jedenfalls nicht für v. Kardorff's Kornzölle. So wie die socialdemokratische Agitation der deutschen Arbeiter am meisten geschadet hat, so schadet auch die schützöllnerische Agitation am meisten der deutschen Industrie. Sie schädigt die Gesamtproduction, indem sie Jeden zwingt, Alles theurer zu verkaufen und so einen Theil seines Eigenthums und seiner Arbeitskraft confiscirt. Sie sollte daher ihre stolze Devise „Schutz der nationalen Arbeit“ umändern in „Schutz der nationalen Ausbeutung.“

Hiermit ist die Generaldiscussion geschlossen. Für die Specialdiscussion hat der Abg. v. Stauffenberg folgende Resolution vorgeschlagen: Der Reichstag wolle beschließen, den Reichstanzler aufzufordern, bei Erneuerung des Handelsvertrages mit Oesterreich auf den Schutz der verletzten Interessen der deutschen Besitzter österreichischer Eisenbahn-Prioritäten in geeigneter Weise Bedacht zu nehmen.

Zum Artikel 5 ergreift das Wort der Abg. Reisch: Der Verkehrsverkehr liegt nicht viel mehr im Interesse Deutschlands als Oesterreichs. Er betrug bisher im Ganzen 4 Millionen Mark; der deutsche Antheil hieran übersteigt den österreichischen nur um 800,000 Mark. Der österreichische Verkehr betrifft hauptsächlich leinere, der deutsche wollene und baumwollene Waaren. Der Verkehr leinere Garne und roher ungebleichter Leinwand hat nun die bisher gewährten Erleichterungen laut Schlussprotokoll des Vertrages befallen. Die Waaren brauchen nicht plombirt zu sein, zugleich aber sind trotz des Widerstrebens der sächsischen Regierung der böhmischen Leinwand inländische Märkte zum großen Schaden unserer Weber eröffnet; während der Verkehrsverkehr in wollenen und baumwollenen Waaren durch das Erforderniß der Plombirung fast unmöglich gemacht ist. Ich wünsche daher, daß bei Ablauf des Handelsvertrages die mit demselben von selbst fortfallenden Erleichterungen des Leinwandverkehrs nicht erneuert werden.

Artikel 15 schreibt vor, daß die Anwendung nicht publicirter Eisenbahntarife, sowie nicht veröffentlichter Rückvergütungen (Refactionen) nicht gestattet sei.

Graf Udo v. Stolberg (Rastenburg): Die wichtige Frage des österreichisch-deutschen Eisenbahnverkehrs habe ich schon im Herrenhause zur Sprache gebracht. In Folge dessen haben amtliche Ermittlungen darüber stattgefunden, und es hat sich ergeben, daß die behaupteten Ermäßigungen bestehen. Die Frage, ob verbotene Refactionen existiren, ist damit aber nicht erledigt. Diese Differentialtarife sind auf folgende Art entstanden. Laut Beschluß des Bundesraths sollten ausländische Producte auf deutschen Bahnen nicht billiger gefahren werden als inländische. Eine dementsprechende Verfügung des Handelsministers an die deutschen Privatbahnen wurde von diesen formell befolgt, von den österreichischen Bahnen aber umgangen. Diese sind in ihren Tarifen ganz souverän. Sie haben deshalb im Localverkehr doppelt so hohe Preise, als für den Verkehr nach Preußen. Der Frachtsatz für die Strecke Lemberg-Ratibowitz beträgt für Holz nur 2,18 M., davon beträgt der österreichische Antheil 2,09 M., der deutsche 0,09 Mark. Bis Breslau beträgt der Satz genau ebensolches. Hier beträgt aber der deutsche Antheil 1,56 M. Die österreichische Bahn zahlt also hier an die deutsche 1,47 M. heraus. Das Verbot der Refactionen oder, was dasselbe ist, der Ausfuhrprämien besteht also bis jetzt nur auf dem Papiere. Um dem abzuhelfen, giebt es vier Wege: 1) Die Tarifverträge zu verbieten, damit würde man aber den ganzen Umfah vernichten; 2) die deutschen Eisenbahnen zu zwingen, alle Waaren billiger zu fahren; damit würde man ihre Einnahmen schmälern, den deutschen Producenten aber nicht helfen; 3) ihnen zu verbieten, Tarifverträge einzugehen, nach welchen die österreichischen Bahnen andere Ansätze machen, als unsere. Die Consequenzen dieser gewiß einschneidenden Maßregel lassen sich aber nicht übersehen. 4) Eingangszölle. Ueber diese heute zu sprechen, wäre verfrüht. Die Sache wird von kompetenter Seite geprüft und ich hoffe, daß der richtige Ausweg gefunden wird. Der Artikel 15 des Vertrages gebietet jedenfalls keine Abhilfe.

Abg. Richter (Hagen): In der Holztariffrage am Sonnabend habe ich nichts weniger als eine Niederlage erlitten, wie Herr v. Kardorff meint. Es ist mir lieb, daß die Sache heute wieder zur Sprache kommt, weil ich nun aus dem eigenen Material der schlesischen Forstbesitzer, das uns in einer Petition zugänglich geworden ist, die Nichtigkeit meiner Behauptungen beweisen kann. In dieser Petition wird nicht bestritten, daß die deutschen Bahnen das deutsche Holz so billig fahren wie das österreichische, es bleibt also dabei — daß der Reichstanzler mit seinen desfallsigen Vorwürfen im Unrecht war. Es muß ausdrücklich zugegeben werden, daß die deutschen Bahnen von Gleiwitz nach Breslau das von Lemberg kommende Holz nur gegen die allgemeinen Sätze transportiren. Es wird auch nicht bestritten, daß die Fracht von Lemberg nach Breslau viel theurer ist, als die Fracht für deutsches Holz von Gleiwitz nach Breslau; die Fracht übersteigt das Vierfache; aber das ist den schlesischen Forstbesitzern noch nicht genug, sie beschwerten sich darüber, daß die österreichischen Bahnen für das von Lemberg nach Breslau kommende Holz für die Strecke Lemberg-Gleiwitz zu wenig Transportkosten berechnen, das nennen sie merkwürdiger Weise Refactionengrunda. In der That aber beschwerten sie sich einfach darüber, daß das österreichische Holz uns an der Grenze zu billig für den Abfah nach Breslau übergeben wird. Allerdings berechnen die österreichischen Bahnen für das Holz von Lemberg nach Gleiwitz, welches in Gleiwitz bleibt und nicht nach Breslau geht, höhere Sätze, aber wenn dem nicht so wäre, so würden die schlesischen Forstbesitzer eine schärfere Concurrenz des österreichischen Holzes nicht bloß in Breslau, sondern auch in Gleiwitz empfinden. Nach Gleiwitz haben die österreichischen Bahnen wahrscheinlich deshalb theurere Preise, weil billigere Preise dort den Absatz nicht vermehren würden. Jedenfalls treffen die Klagen nur die österreichischen Bahnen und hier gilt der Ausspruch des verstorbenen Fürsten von Budeburg: „Sie häßt Bismarck nur tau seggen.“ (Heiterkeit.)

Sollen wir aber im Ernst gegen Oesterreich Krieg führen, weil es uns sein Holz so billig an die Grenze liefert? In der That läuft Alles bei den schlesischen Forstbesitzern auf einen Schußvoll für ihr Holz hinaus, wie denn auch der Graf Stolberg und die Petenten einen solchen Zoll verlangen nicht bloß gegen das Holz, was auf der Eisenbahn, sondern auch gegen das, was zu Wasser eintommt. Auf Herrn v. Barnbüler habe ich mich berufen nicht in Bezug auf diesen speciellen Fall, sondern wegen seiner Stellung zu den Differentialtarifen überhaupt. Er hatte seiner Zeit die Güte, mir seine Schrift gegen das Reichseisenbahnproject (wir stehen uns in dieser Frage näher) zuzuschicken. (Medner verliest die Stellen.) Darin ist sehr richtig ausgeführt, daß Differentialtarife überall vorkommen, wo es Eisenbahnen giebt, weil sie gewisse Verkehrs erst möglich machen, greifen dieselben auch in gegebene wirtschaftliche Verhältnisse mitunter störend ein, so trügen sie doch dazu bei, das Volksvermögen zu vermehren. Dem Landrath möge es unbedenklich sein, sagt Herr v. Barnbüler, durch das ungarische Getreide die Preise gedrückt zu sehen, er wisse dies aus eigener Erfahrung; aber — sagt Herr v. Barnbüler — nützlich für die Gesamtheit ist es dennoch, wenn auf diese Weise das Niveau der Preise geregelt wird; selbst für den Landrath, welcher es in späteren Jahren in Folge der Erschöpfung der Rassen der Conumenten schwer büßt, wenn er in einem Jahre theurere Preise erzielt hat. (Hört! hört! Heiterkeit.) Die Logik dieses Ausspruchs des Herrn v. Barnbüler trifft unzweifelhaft auch gegen Getreidezölle zu. (Sehr richtig!) Herr v. Barnbüler sagt dann weiter, die Verrückung der wirtschaftlichen Verhältnisse sei überhaupt eine Folge der Eisenbahnen, knüpfe sich aber an jeden Fortschritt im wirtschaftlichen Leben, den man deshalb doch nicht werden verdammen wollen. (Sehr richtig!)

Alle Eisenbahnbetriebs-Techniker hätten sich deshalb in der Enquete-Commission für die Unentbehrlichkeit der Differentialtarife ausgesprochen. Das ist ein wahrhaft klassisches Zeugniß von einem Manne, der auf die Wirtschaftspolitik gegenwärtig so großen Einfluß hat. Bei den schlesischen Forstbesitzern aber kommen die Differentialtarife nicht einmal in Frage; so weit Differentialtarife für Holz nach Berlin und den Seestädten bestehen, sind sie nur Concurrenztarife nicht gegen die inländischen Producenten, sondern gegen den billigeren Wasserweg. Die schlesischen Forstbesitzer wollen weiter nichts, als sich ein Monopol erhalten in der Versorgung gewisser Districte gegenüber der ausgleichenden Wirkung, welche die Eisenbahnen an sich für die Verhältnisse von Consumption und Production mit sich bringen. (Sehr richtig!)

Abg. v. Stolberg (Rastenburg): Den Zusammenhang zwischen den Eisenbahntarifen und dem Zolltarif habe ich nicht geleugnet, mich aber weder für noch gegen Schußzölle ausgesprochen. Ich habe nicht beklagt, daß die österreichischen Tarife zu billig sind; sie sind viel theurer, als unsere, nämlich im Verhältnis von 3 zu 4,8. Wir klagen nur über eine Ungleichmäßigkeit, die allerdings im österreichischen Interesse liegen mag. Thatsächlich wird dadurch eine Exportprämie gewährt, resp. eine Refaction an die deutschen Bahnen gezahlt. Von der Petition will ich nicht sprechen, sie wird ja in der Commission erledigt werden.

Abg. Stumm: Herr von Barnbüler hat in seiner Schrift gerade das ausgeführt, was ich und meine Freunde am Sonnabend gesagt haben; namentlich ist bei ihm von einer Definition der Differentialtarife, wie Richter sie giebt, nicht die Rede.

Abg. Richter (Hagen): Ich suchte voriges Mal den Irrthum der Herren an falscher Stelle, jetzt ist es klargestellt, daß sie sich nicht über Differentialtarife beklagen, sondern über die differente Behandlung auf österreichischen und deutschen Bahnen. Ich freue mich, aus der Debatte zu hören, daß manche Herren, die geneigt waren, mir am Sonnabend Unrecht zu geben, sich durch Klarstellung des Sachverhalts überzeugt haben, daß in der That nach der Richtung der Differentialtarife die Beschwerden der Herren unbegründet sind. Auf die Petition bin ich nur gekommen, weil mir dabei dieselben Zahlen, die der Herr Graf Stolberg angeführt hat, gedruckt vorliegen, und ich sie leichter kontrolliren kann.

Abg. v. Kardorff: Daß ausländische Producte durch Refactionen bei uns billiger eingeführt werden, ist durch die heutige Debatte festgestellt. (Aufe: Nein.) Der Abg. Richter hat also heute nicht den Sieg davongetragen.

Abg. Lasker: Ich wünsche nur, daß in dem Augenblick, in welchem wir einen Artikel beschließen wollen, der die internationalen Rechte zwischen Deutschland und Oesterreich feststellt, nicht einige Mitglieder bereits diese Beziehung auf einen Fall anwenden, der nach ihrer Anschauung Oesterreich mit Illoyalität belasten würde. Refaction heißt jene Verabredung, welche

getroffen wird zwischen Eisenbahnen und Versendern, daß die ersteren weniger nehmen, als die gedruckten Tarife angeben, indem sie privatim einen Theil des Geldes wieder dem betreffenden Verleger juristisch stellen. Das hat doch nichts damit zu thun, wenn Oesterreich in seinem Tarif ganz offen einen Satz feststellt für eine Strecke, der geringer ist, als wenn man diese Strecke in zwei Theile zerlegt. Ich stehe in allen Punkten der illoyalen Concurrenz auf Eisenbahnen auf einem Standpunkt mit den Herren drüben (rechts); ich bin mir aber dessen wohlbewußt, daß die Bestimmung, die hier getroffen wird, nichts mit dem zu thun hat, was von conservativer Seite gerügt worden ist, und ich meine, daß im internationalen Eisenbahnverkehr sich kein Mittel wird finden lassen, welches eine derartige Tarifpolitik würde verhindern können, weil es hierin eine Illoyalität der Concurrenzbedingungen nicht giebt. Je mehr ich den Regierungen die Verpflichtung auferlege, selbst wenn ein Strafgesetzbuch nicht bewirkt ist, doch durch internationale Verhandlungen darauf zu dringen, daß im Aufstichswege die hier verbotenen Dinge nicht vorkommen sollen, um so deutlicher wünsche ich festzustellen, daß das, was hier angeführt ist, nicht geeignet ist, mit den Bedingungen dieses Paragraphen in Verbindung gebracht zu werden.

Abg. Graf Stolberg (Rastenburg): Nicht die einzelnen Antheile der Bahnen, sondern nur die Tarife als ganze sind in Oesterreich publicirt. Daß auf der Strecke Galizien-Schlesien Differentialtarife existiren, hat der Handelsminister mir bestätigt.

Abg. Lasker: Es wäre doch sehr wichtig, wenn auch die Regierung uns eine Erklärung gäbe, ob die ihr bekannte Bestimmung gegen diesen Vertrag zu verstößen scheint. Ich weiß wirklich nicht, wie es die Eisenbahnen machen sollen. Es ist nicht vorgeschrieben, daß im Verbandsstarife auch publicirt werden müsse, welchen Antheil die eine und welchen die andere Eisenbahn erhält. Das ist eine innere Angelegenheit. Wenn demnach, was den Herren privatim interessant sein mag, nicht publicirt wird, so kann das nicht als vertragsbrüchig bezeichnet werden. Es scheint mir sehr wichtig, daß die Vertreter der Regierung sich erklären, ob etwas derartiges durch den Artikel 15 hat ausgeschlossen werden sollen.

Reichskanzleramtspräsident Hofmann: Ich habe schon in der zweiten Lesung erklärt, daß die deutsche Regierung über verschiedene Sachen mit der österreichischen correspondirt. Diese Correspondenzen haben auch die Verhältnisse zum Gegenstand, um die es sich hier handelt. Ich halte es aber nicht für zweckmäßig, hier näher darauf einzugehen. Es wird darüber augenblicklich verhandelt, ob diese Behandlung von Frachtsätzen, die aus publicirten Tarifen nicht herbergeht, dem Artikel 15 des Vertrages widerspricht. Man muß die Verhältnisse genauer kennen, als aus den Verhandlungen dieses Hauses möglich ist, um diese Frage sicher zu beantworten. Ich bitte Sie, der deutschen Regierung zu vertrauen, daß sie diesen Artikel sowohl im deutschen Gebiete genau und gewissenhaft ausführen, als auch darauf halten wird, daß Gleiches seitens der österreichischen Regierung geschieht.

Abg. Richter (Hagen): Ich bedauere, daß der Herr Regierungsvertreter uns die genaue Kenntniß der Thatsachen vorenthält. Soweit die Thatsache klargestellt ist, ist es unzweifelhaft, daß dieser Artikel zur Abstellung des Verhältnisses nicht angezogen werden kann. Die Vorschrift, den Tarif zu publiciren, hat doch den Sinn, daß nicht ein Transportaufgeber, der unter denselben Verhältnissen, wie ein Anderer ausgiebt, andere Preise bezahlt. Das ist ja hier gar nicht in Frage. Jeder Transportaufgeber von Lemberg nach Breslau zahlt dasselbe und nur, wenn die Strecke in zwei Theile zerfällt, bezahlt er mehr. Einen Sieg habe ich mir übrigens durchaus nicht zuschreiben wollen, über Thatsachen kann man doch keinen Sieg erröthen; mir kam es vom Anfang nur darauf an, die Thatsache klarzustellen, weil ich überzeugt bin, daß, wenn alle thatsächlichen Verhältnisse klargestellt sind, überhaupt die meisten Beschwerden über die Differential-Tarife verschwinden werden und diese Frage überhaupt aufhören wird, ein Gegenstand der hohen Politik zu sein.

Abg. Graf Stolberg (Rastenburg): Wenn die Aufmerksamkeit der Reichsregierung auf diesen Gegenstand gelenkt ist, so ist mir das vollkommen genug.

Abg. Dr. Boretius bringt zu Artikel 27 (Ratification des Vertrages) die von der staatsrechtlichen Literatur oft als incorrect gerügte Art zur Sprache, in welcher in Deutschland Staatsverträge durch das Reichsgesetzblatt publicirt werden. Einerseits sei es fehlerhaft, daß nur die Abmachungen der zur Vereinbarung des Vertrages bevollmächtigten Commissions publicirt würden. So wichtig selbstverständlich in materieller Beziehung diese Abmachungen seien, so erlangen sie formale Rechtskraft doch erst durch das Ratificationsdecret des Kaisers. Dieses werde aber hienichtlich in der Gesetzsammlung gar nicht publicirt und wenn man das selbst kennen lernen wolle, so sei man jetzt an die Gesetzsammlungen der fremden contrahirenden Staaten gewiesen, welche ganz richtig die Ratificationsdecrete zur Veröffentlichung brächten. Es würde sich für die Reichsregierung empfehlen, auch von deutscher Seite diesem Beispiele in Zukunft zu folgen. Andererseits sei es incorrect, daß unser Gesetzbuch keine Notiz darüber enthalte, daß der Bundesrath und Reichstag solchen Verträgen, die in den Bereich der Reichsgesetzgebung fallen, ihre verfassungsmäßige Zustimmung und Genehmigung erteilt haben. Das Gesetzbuch müsse aber eine solche Notiz enthalten, denn der Richter, welcher ein verfassungsmäßig zu Stande gekommenes Gesetz anwenden solle, müsse die gesetzmäßige Gültigkeit der Staatsverträge aus dem Gesetzbuch entnehmen können und könne nicht darauf verwiesen werden, die Zustimmung vom Bundesrath und Reichstag aus den Berichten über die Reichstagsverhandlungen selbst herauszufinden. Es würde sich in Zukunft empfehlen, wenn der Reichstanzler in der Gesetzsammlung jedesmal bekannt mache, daß Bundesrath und Reichstag den vom Kaiser abgeschlossenen Staatsverträgen die verfassungsmäßige Genehmigung erteilt haben.

Das Haus genehmigt darauf den Vertrag in allen seinen einzelnen Theilen und tritt in Bezug auf die Petitionen dem vom Abg. Witte (Koslow) gestellten Antrage der Petitionscommission bei.

In Betreff der Resolution des Abg. von Stauffenberg erklärt der Reichskanzleramts-Präsident Hofmann: Er habe schon erklärt, daß es nicht die Absicht sei, bei einem neuen Vertrage den Art. 17 wieder aufzunehmen; deshalb könne er sich mit der Resolution einverstanden erklären.

Das Haus genehmigt dieselbe mit großer Majorität. Die allgemeine Rechnung über den Haushalt des Deutschen Reiches für das Jahr 1874 wird auf den Antrag Ridert's an die Rechnungscommission verwiesen.

Es folgt die erste Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genussmitteln und Gebrauchsgegenständen.

Präsident des Reichsjustizamts Friedberg: Die Vorlage hat den Reichstag schon im vorigen Jahre beschäftigt; sie wurde in der Commission eingehend beraten, gelangte aber nicht mehr zur Verabreichung im Plenum. Nach der Ueberzeugung der Regierung besteht das Bedürfnis nach dem vorliegenden Gesetze unverändert fort. Die vorjährige Arbeit der Commission ist dem Entwurfe zu gute gekommen. In der Zwischenzeit ist auch die Denkschrift des Reichsgesundheitsamtes, auf welcher dieser Entwurf basiert, neu geprüft und sind die inzwischen gemachten Erfahrungen berücksichtigt worden. In dieser Vorlage sind die Verbesserungsvorschläge der früheren Commission namentlich in folgenden Punkten aufgenommen worden. Die Gegenstände, welche unter dieses Gesetz fallen, sind mehr specialisirt worden im Interesse der leichteren Handhabung des Gesetzes und zur Vermeidung von Unklarheiten. Die Competenz der Controlorgane ist schärfer begrenzt worden, damit nicht die freie Bewegung des Gewerbes und des kaufmännischen Verkehrs gehemmt werde. Die Verordnungen, welche der Kaiser mit Zustimmung des Bundesrathes auf Grund dieses Gesetzes erläßt, müssen nach diesem Entwurfe dem nächsten Reichstage vorgelegt werden (und erläßt, wenn sie nicht dessen Genehmigung erhalten. Auch dürfen diese Verordnungen nur Verbote und keine positiven Gebote sein, um der Befolgung vorzubeugen, daß auf diesem Wege den Communen unerschwingliche Lasten, z. B. der Vau von Schlachthäusern auferlegt werden können. Die Strafbestimmungen sind den Wünschen der Commission angepaßt und wenn sie auch nicht ganz in den architektonischen Bau des deutschen Strafrechtbuchs hineinpassen, so sind doch bei einem solchen Specialgesetze mehr die Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit maßgebend. Ich werde, da diesmal der Gesetzentwurf früher an das Haus gelangt ist, hoffentlich später weitere Gelegenheiten haben, auf die Einzelheiten des Entwurfs einzugehen.

Abg. Reichensberger (Krefeld): Ich muß die sorgfältige Ausarbeitung der Vorlage, namentlich des Materials anerkennen, sowie daß das Bedürfnis zu einem solchen Gesetze namentlich in Hinblick auf die Verfallung der nothwendigsten Nahrungsmittel, wie Wein, Milch und Bier, gewiß vorhanden ist. Sie macht auf mich aber den allgemeinen Eindruck, daß die Prävention zu stark, die Repression zu schwach durchgeführt wird. Man sollte die so tief in die individuelle Freiheit und das Hausrecht eingreifende Hausfuchung bei Gewerbetreibenden nur von vornherein bei solchen zulassen, welche schon einmal auf Grund dieses Gesetzes bestraft sind. Bei den übrigen kann man erst kleine Portionen Waaren kaufen und untersuchen und von dem Resultate die weiteren Maßregeln abhängig machen. Die Surrogate können außer zu Fälschungen auch zu erlaubten Zwecken dienen, deshalb sollte man nur den Verkauf solcher verbieten können, die ausschließlich zur Verfallung von Nahrungsmitteln dienen. Verord-

nungen in dieser Hinsicht brauchten nur während der Session des Reichstages erlassen zu werden, da erfahrungsgemäß diese Angelegenheiten eine Ueberföhrung nicht erfordern. Man sollte auch die Befreiungen des Publicums in dieser Hinsicht mehr unterstützen und nicht mit dem Worte „Denunciantentum“ herumdrehen, wo es sich um Wahrnehmung des geschädigten eigenen und fremden Rechts handelt. Man sollte ein allgemeines öffentliches Beschwerdebuch auslegen und dem Publicum verständliche Schriften über die Verfallung der Nahrungsmittel herausgeben. Die Strafbestimmungen hätte man mehr concret fassen sollen, indem man im dispositiven Theil des Gesetzes eine Definition von Wein, Bier, Cacao u. c. gab. Man hätte dadurch vielerlei Controlirten in der Rechtsprechung vermieden. Der Hinweis auf die Handels-Uncen genügt nicht, nach diesen kann man ja auch Grüneberger als Brauneberger eiteliren. (Heiterkeit.) Die Fahrlosigkeit müßte namentlich im Wiederholungsfalle strenger bestraft werden, als wie im Entwurf mit einer leichten Geldstrafe. Auch müßte schon der als jahrlänglich definiert sein, welcher von den ihm zu Gebote stehenden Mitteln, die Echtheit der Nahrungsmittel zu prüfen, keinen Gebrauch macht und auf Verlangen des Gerichts nicht den nennt, von dem er den gefälschten Gegenstand gekauft hat. Ich beantrage die Ueberweisung der Vorlage an eine Commission von 21 Mitgliedern.

Abg. Staudy: Die frühere Vorlage über denselben Gegenstand hat durch die Verhandlungen in der Commission wesentlich gewonnen. Wir stimmen der gegenwärtigen Vorlage, welche sich hauptsächlich den Commissionsbeschläßen anschließt, im Allgemeinen bei. Auch die vom Vorredner berührten speciellen Verhältnisse einzelner Nahrungsmittel sind bereits von der Commission in Erwägung gezogen worden. Für uns fragt es sich nur noch, ob nicht dem Richter die Befugniß gegeben werden müsse, in Rücksicht auf die Natur der Fälschung, dem Fälscher den Gewerbebetrieb ganz oder zum Theil zu verbieten. Ich beantrage, den Gesetzentwurf einer Commission von 21 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Zimmermann: Die Fälschungen haben solchen Umfang angenommen, daß sie allerdings zum Ergreifen von Maßregeln nöthigen. Es fragt sich nur, ob die hier vorgeschlagenen Mittel die geeigneten sind. Bis jetzt haben die bestehenden Organe nicht die genügende Thätigkeit entwickelt, und das liegt an unserer mangelhaften Medicinalgesetzgebung. Das Amt des obersten Medicinalbeamten ist im preussischen Staat nur als Nebenamt mit einem unbedeutenden Gehalt aufgeführt. Das einzige wahre Organ ist der Kreisphysikus; aber dieser eine, ebenfalls nur mit 600 Mark dotirte Beamte ist für den Kreis von 50,000 bis 100,000 Personen nicht ausreißend. Es ist jetzt ein Anfang gemacht worden mit dem Reichsgesundheitsamt. Dieses hat aber seine Wirksamkeit noch nicht entwickelt, befindet sich vielmehr selbst noch in dem Stadium eines Embryo. Hoffentlich wird sich dieser Embryo bald entwickelt haben. Hier muß angefangen werden; durch ein Gesetz die Art der Herstellung der Nahrungsmittel zu regeln, ist für unsere Zustände nicht möglich. Auch die englischen Einrichtungen haben zunächst die medicinische Grundlage geschaffen, um dem Richter die nöthigen Sachverhältnisse an die Hand zu geben. Auch ich beantrage die Ueberweisung an eine Commission.

Der Gesetzentwurf geht an eine Commission von 21 Mitgliedern. Es folgt die erste Beratung des Weltpostvertrages.

Generalpostmeister Stephan: Das Wesentlichste des vorliegenden Vertrages ist die erhebliche Ausdehnung des Vereins. Er besteht nunmehr aus allen Ländern der Erde mit Ausnahme einzelner britischer Colonien, einiger Republiken Süd- und Mittelamerikas, deren Eintritt wohl bald erfolgen dürfte, sowie Stams und Chinas, die aber beide als zum Verein gehörig angesehen werden können, weil ihre Correspondenz durch die dort befindlichen Postämter europäischer Mächte vermittelt wird. Außer dieser erheblichen Ausdehnung ist noch ein weiterer Punkt von Wichtigkeit, die Festsetzung des Portolages. Bei den Verhandlungen in Bern war es nöthig, noch einen gewissen Spielraum zu lassen; während man als den Normalfuß für Briefe 25 Centimes (= 20 Pf.) ausstellte, wurde mit Rücksicht auf die Uebergangsverhältnisse ein Spielraum nach oben und unten von 20 bis 32 Centimes gelassen; bei Drucksachen — Normalfuß 5 Centimes — ein Spielraum von 7 bis 11 Centimes. Dieses Gängelbandes hat es jetzt nicht mehr bedurft. Ein weiterer Fortschritt war der: nach früheren Feststellungen bestanden bekanntlich verschiedene Portolagesätze für die nördliche und südliche Halbkugel, für die letztere wurden höhere Sätze erhoben. Es sind diese verschiedenen Sätze auf einen Einheitsfuß zurückgeführt worden. Mit dem 1. April d. J. wird also der Postfuß betragen für Briefe 20 Pf., für Postkarten 10 Pf., für Drucksachen 5 Pf. nach allen Ländern (Beifall). Außerdem hat der Verein den Postanweisungen angebahnt. In Paris waren 33 Staaten mit 55 Bevollmächtigten theilhaft, wenn es gleichwohl gelungen ist, in kurzer Zeit zum erlöschlichen Abschluß zu gelangen, so gebührt der Dank insbesondere dem Geschick und der Umsicht der französischen Regierung. Ich darf hier nach sagen, daß aus den Pariser Verhandlungen der Geist des Vereins und vielleicht darf ich hinzusetzen der Vereinsgeist erstarkt und neu belebt hervorgegangen ist. Man sagt, wozu werden solche Verträge geschlossen, wenn man gleichzeitig durch Schußzölle den Verkehr behindern will?

Der Postverkehr bestand lange, ehe es Schußzöllner und Freihändler gab, ehe diese Fragen die Gemüther erregten, die Gemüther in 100 Jahren vielleicht auch nicht mehr erregen werden. Der Postverkehr hängt von den Eisenbahn- und Dampfmaschinenverbindungen ab. Es ist auch auf dem Gebiete des Eisenbahnverkehrs zu Bern eine internationale Vereinbarung erzielt worden. Die Sonderinteressen, deren Geltendmachung mit Schärfe erfolgte und oft Verstimmung erzeugte, haben ihre Ausgleichung gefunden in der Erkenntniß des gemeinsamen Interesses. Diese Unterordnung der einzelnen Staatspersönlichkeiten unter ein menschheitliches Gemeinwesen ist nicht hervorgerufen durch den Druck äußerer Gewalt, sondern sie ist die Frucht der freien Entscheidung der theilhaftigen Regierungen. Und so darf ich denn die Ueberzeugung aussprechen, daß die Kräfte der völkerrrechtlichen Beziehungen unter der hohen Temperatur unsers Zeitalters immer mehr zur Organismenbildung heranziehen werden. (Beifall.)

Abg. Meier (Bremen): Ich glaube, daß die Initiative, das Geschick und die Ausdauer, womit diese Ziele verfolgt worden sind, hauptsächlich auf Seiten Deutschlands gesucht werden müssen, und spreche der Regierung dafür meinen Dank aus. Wer die früheren Zustände kennt, muß die jegliche einheitliche Regelung als eine große Wohlthat anerkennen. Ich bitte, den Verträgen die verfassungsmäßige Genehmigung zu geben.

Das Haus genehmigt den Weltpostvertrag, sowie die Uebereinkommen betr. den Austausch von Briefen mit Werthangaben und betr. den Austausch von Postanweisungen ohne weitere Debatte.

Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Interpellation v. Herling betr. Abänderung des Festungsgesetzes und Antrag Stumm betr. Invalidentassen.) — Die erste Sitzung des Staats soll am Donnerstag erfolgen.

Berlin, 25. Febr. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem königl. württembergischen Geheimen Commerzien-Rath Günther zu Brüssel den Rothen Adler-Orden 3. Klasse; dem Director der Akademie der bildenden Künste zu Berlin, Professor v. Werner, den königl. Kronen-Orden 3. Klasse, und dem Bildhauer und Architekten Gedon zu München den königl. Kronen-Orden 4. Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierangs-Assessor Felix Paul Maximilian Winterfeld zum Landrath des Kreises Fleß; sowie den Regierangs-Assessor Dr. jur. Wilhelm Scheffer zum Landrath des Kreises Haus ernannt; den Stadtverordneten-Vorsteher, Ziegeleibesitzer Büschler zu Eberswalde, der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung gestellten Wahl gemäß, als unbesolobten Beigeordneten der Stadt Eberswalde für die gesetzliche sechsjährige Amtsdauer bestätigt; dem Actuar Deutner bei dem Amtsgericht in Fallersleben bei seiner Veretzung in den Ruhestand den Charakter als Kanzlei-Rath, und dem Kreisphysikus Dr. med. Reinhold Ruge zu Bennigsen den Charakter als Sanitätsrath verliehen.

Berlin, 25. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute die Vorträge des Chefs der Admiralität, General v. Stosch, sowie des Chefs des Militärcabinetts, Generalmajors von Albedyll, entgegen und empfing den Major im Generalstab der 31. Division, von Roon, sowie den Hauptmann im Grenadier-Regiment Prinz Carl von Preußen, von Roon, und den Regierangs-Vize-Präsidenten von Brauchitsch.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] empfing vorgestern das Präsidium des Reichstages. Gestern besuchte dieselbe die Kaiserin-Augusta-Stiftung in Charlottenburg. Beide Kaiserliche Majestäten erschienen gestern auf dem Balle des italienischen Botschafters.

[Se. Kaiserliche und Königliche Hoheit der Kronprinz] empfing gestern Mittag den Pfarrer Stage von der Kirche zum heil. Kreuz und besuchte Abends das Ballfest bei dem italienischen Botschafter Grafen de Caunay. Nachmittags 5 1/2 Uhr fand im Kron-

prinzipal Palast ein Diner von 40 Gedecken statt, zu welchem die hier anwesenden Vorkämpfer und Militär-Bevollmächtigten, sowie die Fürsten Anton und Ferdinand von Radziwill, die Staatsminister Freiherr von Schleinitz und von Bülow, der Graf Ludwig von Pappenheim, der Oberhofmeister Graf Kesselrode, der Ober-Ceremonienmeister Graf Stillfried und andere Personen von Distinction Einladungen erhalten hatten.

© Berlin, 25. Febr. [Zolltarif-Commission. — Oberpräsident in Danzig. — Bestätigung Friedensburgs. — Denkschrift über Wanderlager und Waarenauctionen. — Referat über die Erhebungskosten der Zölle und Verbrauchssteuern. — Mindereinnahme von Zöllen im letzten Etatsjahre. — Betriebsergebnisse deutscher Eisenbahnen.] Wir haben in voriger Woche gemeldet, daß die Zolltarif-Commission im Laufe der jetzigen Woche zur Verabreichung der Zölle auf Getreide, Vieh und Eisen schreiten werde. Am letzten Montag haben diese Beratungen in der That begonnen und bereits wichtige Beschlüsse zur Folge gehabt. Wann die Commission ihre Arbeiten beendigen wird, läßt sich noch nicht übersehen; die gegentheiligen Behauptungen der „N.-L. C.“ und der „Bes.-Ztg.“, welche letztere positiv meldet, daß Freiherr von Barnbühler sich dahin ausgesprochen habe, die Commission müsse bis zum 1. März ihre Arbeiten erledigen, sind falsch. — Officiös wird geschrieben: Für die erledigte Ober-Präsidentenstelle in Danzig wird von den Zeitungen eine ganze Reihe von Namen aufgestellt, auf welcher Candidatenliste sich aber, wie uns versichert wird, der richtige Name nicht befindet. Die Ernennung selbst dürfte übrigens in ganz kurzer Zeit veröffentlicht werden. — Ebenso hören wir, daß die Bestätigung des zum Oberbürgermeister von Breslau gewählten Justizrath Friedensburg nicht mehr bezweifelt wird. — Im Reichskanzler-Amt ist eine Denkschrift ausgearbeitet worden, welche die gesetzliche Regelung der Wanderlager und Waaren-Auctionen behandelt. Dieselbe wird demnächst dem Bundesrath zur weiteren Veranlassung vorgelegt werden. — In Bezug auf die ebenso wichtige als schwierige Angelegenheit einer gleichmäßigen Normirung der für die Erhebung der Zölle und Verbrauchssteuern von den einzelnen Bundesstaaten zu beanspruchenden Kosten haben in letzter Zeit vielfache Erörterungen stattgefunden, welche jetzt in einem Referat zusammengefaßt sind, welches dem Bundesrath vorliegt und den Ausschüssen für Zoll und Steuerwesen und für Rechnungswesen zur Verabreichung überwiesen sind. — Eine Vergleichung der Einnahmen an Zöllen und Verbrauchssteuern im deutschen Reich für die Zeit vom 1. April bis 31. December 1878 mit demselben Zeitraum des Jahres 1877 ergibt, daß im Jahre 1878 weniger eingenommen wurden 5,869,435 M. und daß diese Differenz hauptsächlich in der Mindereinnahme an Zöllen, welche allein sich auf 3,532,987 M. beläuft, und an Rübenzuckersteuer besteht, welche ein Minus von 4,096,097 M. beträgt. Die Total-Einnahme betrug 1878 174,314,408 Mark gegen 180,183,843 Mark im Jahre 1877. — Nach der vom Reichs-Eisenbahn-Amt veröffentlichten Uebersicht der Betriebsergebnisse deutscher Eisenbahnen mit Ausschluß Baierns im Monat Januar d. J. stellte sich auf den 88 Bahnen, welche in dem Zeitraum vom 1. Januar 1878 bis 1. Januar 1879 im Betrieb waren, die Einnahmen aus allen Verkehrsweigen bei 38 Bahnen höher, bei 50 Bahnen niedriger als in demselben Monat des Vorjahres. Die Einnahmen per Kilom. bei 35 Bahnen höher und bei 53, darunter 7 Bahnen mit vermehrter Betriebsleitung geringer als in demselben Monat des Vorjahres. — Bei den unter Staatsverwaltung stehenden Privatbahnen betrug Ende Januar d. J. das gesammte concessionirte Anlagecapital 1,242,369,800 Mark, darunter 408,495,900 M. Stammcapital, 44,595,000 M. Stamm-Prioritäten und 789,278,900 M. Prioritäts-Obligationen. Die Länge derjenigen Strecken, für welche dies Capital bestimmt ist, betrug 4474,93 Kilom., so daß auf je 1 Kilom. 277,629 M. fallen.

© Berlin, 25. Febr. [Handelsbeziehungen Deutschlands zu anderen Staaten. — Die Eisen-, Getreide- und Schlagsvieh-Zölle.] In seiner letzten Nummer giebt der „Reichsanzeiger“ in einer besonderen Beilage eine Uebersicht über die gegenwärtige Lage der auf handelspolitischen Gebiete vertragmäßig bestehenden wechselseitigen Beziehungen zwischen Deutschland, Belgien, Frankreich, Italien, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz. Uns interessiren insbesondere die Handelsverträge Deutschlands mit den übrigen genannten Staaten. Der am 22. Mai 1865 mit Belgien abgeschlossene Handelsvertrag ist ein Meistbegünstigungsvertrag mit besonderen Tarifbestimmungen für einzelne deutsche Einfuhrartikel nach Belgien und für einzelne belgische Einfuhrartikel nach Deutschland. Ursprünglich ist er geschlossen bis zum 30. Juni 1875 mit stillschweigender Verlängerung bis zum Ablauf eines Jahres nach erfolgter Kündigung. Der deutsch-englische Handelsvertrag vom 30. Mai 1865, ein Meistbegünstigungsvertrag, ist bis zum 30. Juni 1877, und läuft gegenwärtig noch weiter bis zum Ablauf eines Jahres nach etwaiger Kündigung. Für den handelspolitischen Verkehr mit Frankreich ist durch den Artikel 11 des Frankfurter Friedensvertrages vom 10ten Mai 1871 ein unkündbares Meistbegünstigungsverkommen getroffen, das sich jedoch nur auf solche Begünstigungen erstreckt, welche der eine oder der andere der vertragschließenden Theile an England, Belgien, die Niederlande, die Schweiz, Oesterreich-Ungarn oder Rußland bewilligt hat oder noch bewilligen sollte. Artikel 17 der Zusatzconvention vom 11. December 1871 betrifft die Durchgangsabgaben und bleibt in Kraft bis zum Ablauf eines Jahres nach der Kündigung. Der Meistbegünstigungsvertrag mit Italien vom 31. December 1865, geschlossen bis zum 30. Juni 1875, mit einjähriger Kündigung, ist von Italien zum 25. Juni 1876 gekündigt, dann aber successive verlängert worden bis zum 31. December 1879. Mit Oesterreich-Ungarn ist bekanntlich am 16. December 1878 ein Meistbegünstigungsvertrag (mit besonderen Erleichterungen im grenznahen Verkehr) für die Dauer des Jahres 1879 abgeschlossen worden. Mit der Schweiz besteht ein Handels- und Zollvertrag vom 13. Mai 1869, ein Meistbegünstigungsvertrag mit besonderen Festsetzungen über die Zollbefreiung einzelner Artikel, der ursprünglich bis zum 31. December 1877 geschlossen war, jetzt aber von Deutschland zum 31. December 1879 gekündigt ist. — Die Tarifcommission wird sich übermorgen über die Eisenzölle entscheiden. Gutem Vernehmen nach ist die Annahme von 50 Pfg. pro Ctr. für Roheisen und 1,50 M. für Stahl und gewaltes Eisen gesichert. Für Roheisen hat derselbe Zollsatz vom Jahre 1865—1869 bestanden, während der obige Zoll für Stahl und gewaltes Eisen bis zum Jahre 1872 erhoben wurde. In Abgeordnetentreiben ist die Ansicht verbreitet, daß auch die Mehrheit des Parlaments diese Zölle annehmen wird, da das Centrum, die Conservativen und 2/3 der Nationalliberalen sich geneigt zeigen sollen, denselben zuzustimmen. Anders verhält es sich mit den Getreide- und Schlachtviehzöllen, da es nach den Aeußerungen von Bundesräthen noch fraglich ist, ob diese Zölle im Bundesrath eine Mehrheit finden.

[Verbot auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878.]

Nr. 5 des 8. Jahrganges der in Milwaukee in Nord-Amerika erscheinenden periodischen Zeitschrift „Freidenker.“

Provincial-Beitung.

© Trebnitz, 25. Februar. [Vorschub-Verein. — Hohes Alter. — Selbstmord. — Wohlthätigkeits-Concert.] Der hiesige, seit 16 Jahren bestehende Vorschub-Verein (Eingetragene Genossenschaft), hielt am 23. d. M. unter schwacher Beteiligung seiner Mitglieder die statutenmäßige Generalversammlung im Saale des Herrn Feige ab. Dem in derselben vom Herrn Kassirer Weiß mitgetheilten Rechenschaftsberichte des verfloffenen Jahres ist zu entnehmen, daß der Verein am Schlusse des Vorjahres 1249 Mitglieder zählte. Die Gesamteinnahme betrug mit dem aus 1877 verbliebenen Bestande 1,152,112 M., während die Gesamtausgabe sich auf 1,138,141 M. belieferte, so daß ult. 1878 ein Baar-Bestand von 13,971 M. zu verzeichnen blieb. Das Gesamt-Guthaben der Mitglieder beläuft sich auf 82,298 M., die Spareinlagen erreichten die Höhe von 415,364 Mark, worunter allein 111,240 Mark der Kasse an neuen Einlagen zuzurechnen. Die Summe neuer Vorhülfe- und Prolongationen betrug 1,379,119 M., worauf sich Ende des Vorjahres 959,152 M. wieder zurückgezahlt wurden, so daß an ausstehenden Vorhülfen 419,966 M. zu verzeichnen blieben. An Wertpapieren werden 95,400 M. in schlesischen Rentenbriefen und Sproschlesischen Boden-Credit-Pfandbriefen nachgewiesen. Die Zinsen-Einnahme belief sich auf 33,329 M.; an Verwaltungskosten sind 3668 M. in Ausgabe gestellt und der Reingewinn belief sich auf 10,709 M., welcher nach Abzug des zur Verfertigung des Referatsfonds abzuhaltenden Betrages als Dividende pro 1878 zur Verteilung unter die Mitglieder und demnächstigen Auszahlung resp. Ausschüttung im December d. J. gelangt. — Der Reserve-Fonds beträgt jetzt 19,342 M. — Die schließlich vorgenommene Wahl der 9 Ausschussmitglieder ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder. — Im Allgemeinen sei noch erwähnt, daß der hiesige Vorschub-Verein trotz der sehr ungünstigen Zeitverhältnisse sich in durchaus günstiger Situation befindet und auch im abgelaufenen Geschäftsjahre keinerlei Verluste zu beklagen hatte. — Vorgestern verstarb hierorts die verwitwete Frau Helene Zentler in dem seltenen Alter von 101 Jahren. Dieselbe wurde am 9. Februar 1778 in Gochsitz geboren und erfreute sich solcher körperlicher Mäßigkeit, daß sie bis zu ihrem 84. Lebensjahre wöchentlich zweimal als „Votenfrau“ mit der Karre nach Breslau fuhr und dort, obwohl sie weder des Lesens, noch des Schreibens kundig war, doch nicht selten 20 bis 30 ihr gewordene Aufträge pünktlich erledigte. — Am 21. d. M. erbing sich zu Sponsberg hiesigen Kreises der dortige Bauerngutsbesitzer B. — Nächsten Sonntag giebt Herr Cantor Starb unter Mitwirkung des Männergesangsvereins ein Concert zum Besten der hiesigen Diakonissinnen und des katholischen Waisenhauses.

— ch — Dypeln, 24. Februar. [Realschule oder Gymnasium. — Vom Thierschubverein.] Gestern Vormittag 10 Uhr fand in Form's Hotel hieselbst eine außerordentliche Sitzung des Vereins der Ärzte Oberschlesiens statt, in welcher auf Veranlassung des Herrn Kultusministers die Frage eingehend erörtern wurde, ob in Zukunft die Abiturienten der Realschule erster Ordnung zum Studium der Medizin zugelassen seien. Als Gäste waren die Herren Professor Gscheidlen und Dr. Jacob aus Breslau erschienen. Nachdem sich Herr Sanitätsrath Dr. Kasper aus Reife als Referent zustimmend ausgesprochen hatte, trat Herr Sanitätsrath Dr. Frankeles aus Neutitz sehr warm für die ausschließliche Berechtigung der von einem humanistischen Gymnasium entlassenen Abiturienten ein. Nach einer mehr als einstündigen Debatte trat die Versammlung der Ansicht des Herrn Correferenten mit 32 gegen 2 Stimmen bei, entschied sich also für die ausschließliche Zulassung der aus einem humanistischen Gymnasium vorgebildeten Abiturienten zum Studium der Medizin, und beschloß, einen von Herrn Dr. Schlockow in Schoppitz vorgelegten Entwurf zu einem Antwortschreiben an den Herrn Minister einer sofort gewählten Redactions-Commission zu überweisen. Die directe Uebersetzung des Gutachtens wurde dem Vorsitzenden übertragen. Im Laufe der Debatte wurde wiederholt in scharfer Weise auf die wenig ansprechende Agitation der Realschul-Directoren hingewiesen, während die Gymnasial-Directoren sich seither einer solchen Agitation zu Gunsten des Gymnasiums enthalten hätten. — Nachdem dann beschlossen war, von der Abhaltung der sonst für den Monat Mai anstehenden Jahrsversammlung aus Opportunitäts-Rücksichten Abstand zu nehmen, gab der Vorsitzende, Herr Regierungs- und Medizinal-Rath Dr. Bistor, die übliche Jahresübersicht und theilte das Resultat der am 15. December v. J. zu Breslau abgehaltenen Delegirten-Conferenz mit. Darauf wurde dem Kassirer Decharge erteilt, der bisherige Vorstand einstimmig durch Acclamation wiedergewählt und für die am 15. October e. stattfindende Herbstversammlung als Versammlungsort bestimmt. Herr Medizinalrath Dr. Bistor hielt demnächst einen kurzen Vortrag über die orientalische Pest. Bei der weit vorgeschrittenen Zeit mußte der letzte Vortrag des Herrn Dr. Schlockow über die Gründung von Unterstützungsanstalten von der Tagesordnung abgesetzt werden. Ein Antrag des Herrn Dr. Gisch-Slawensky, die gesetzliche Regelung der Trinkwasser-Unterstützungen bei dem Reichstage in Anregung zu bringen, wurde zur Erörterung für die nächste Sitzung vorbehalten, um das zur Begründung erforderliche Material vorher gehörig vorzubereiten. Nach der Sitzung fand ein gemeinschaftliches Diner statt. — Nach dem jetzt ausgegebenen Jahresbericht des hiesigen Thierschubvereins pro 1878 ist derselbe auch im 23. Jahre seiner Wirksamkeit in erfreulichster Weise thätig gewesen. Die Zahl der wirklichen Mitglieder, außer 21 Ehrenmitgliedern, ist von 117 auf 131, also um 14 gewachsen; mit 62 anderen Thierschubvereinen hatten Beziehungen statt. Seitens der Vereine zu Kassel und Dresden wurde der hiesige Vereins-Präsident zum Ehrenmitgliede ernannt. In 16 Fällen erfolgte auf Antrag des Vereins gerichtliche Verurteilung von Thierquälereien. Von Interesse sind außer den im Anhang enthaltenen Vorträgen des letzten Stiftungsfestes auch die im Jahresberichte veröffentlichten Correspondenzen mit dem deutschen Thierschubverein in Berlin wegen geschäftlichen Betriebes von Trochseulen, und mit dem Herrn Ober-Präsidenten und dem Provinzialrath wegen Verbots des sogenannten Taubenports für die Provinz Schlesien. In beiden Fällen ist es leider dem Verein nicht gelungen, ein feines Bestreben entsprechend Resultat herbeizuführen.

§ Aus dem Messer Kreise. [Zur Typhus-Epidemie.] In Anbetracht der drohenden Pestgefahr im Orient hat die Regierung eine Verfügung erlassen, betreffend die Anzeigepflicht bei bedenklichen Erkrankungen, insbesondere auch bei Typhus. Ob gerade in hiesiger Gegend alle derartigen Verfügungen den Augen stünden, den man von ihnen erwartet, bleibt mindestens fraglich. Haben z. B. bei der letzten Typhus-Epidemie, die hier herrschte, die Desinfektionen, wie sie gehandhabt zu werden pflegen, die Krankheit zu heben vermocht? Trotz des Carbolsäure-Einsatzes machte der Typhus seinen Ausbruch durch die Ortschaften, bis er von selbst erlosch. In ruhiger, epidemieloser Zeit legt Alles die Hände in den Schooß, da dürfte es kaum Jemandem einfallen, die sanitären Verhältnisse der Ortschaften nach Möglichkeit zu heben. Auf einmal tritt Typhus auf; nun jagt eine Verordnung die andere; alle Befehle werden ausgeführt. In jedem von Typhus heimgesuchten Hause werden die Wände frisch geputzt und Carbol- und Chlordämpfe entwickelt! Wer aber glaubt, daß der Typhus vor dem frischen Kalt- oder dem Carbol- und Chlordampf plötzlich aus der infectirten Ortschaft die Flucht ergreifen wird, für den hat ein Pettekofler umsonst seine epochemachenden Untersuchungen über Grundwasser und Bodenluft angestellt. — Trinnen in der Stube wird geputzt und geräuchert; draußen vor den Fenstern führen allerhand Pfützen mit Mist und allem möglichen Unrath in treuer Nachbarschaft des Brunnens ein still beschauliches Dasein; ja sie werden gehegt und gepflegt wie ein Heiligthum, sie sind ein Noli me tangere, als ob dort die Penaten ihren Sitz aufgeschlagen hätten, die man nicht, ohne ihren Born zu erregen, in ihrer beglücklichen Ruhe stören darf. Sapienti sat!

© Gleiwitz, 24. Febr. [Wagabondenwesen. — Viehbestand im Kreise. — Desinfections-Anstalt. — Unglücksfall etc.] Von den im verfloffenen Jahre im Weichbilde der Stadt ergriffenen Wesslern und Wagabonden sind 171 Personen gerichtlich bestraft und von diesen 74 in die Correctionsanstalt zu Schneidwitz zur Verbüßung der correctionellen Nachhaft eingeliefert worden. Bei der letzten durch die Polizeiorgane abgehaltenen Kazzia wurden wiederum 23 arbeitssüchtige Subjecte, darunter 3 läderliche Drinnen, eingebracht. — Nach dem Ergebnisse der letzten Viehzählung bezieht sich im Gleiwitzer Kreise der Bestand an Pferden auf 5906, an Kühen auf 22,871. Im Jahre 1877 betrug die Zahl der Pferde 5858 und der Kühe 22,415. Es sind somit 48 Pferde und 456 Stück Kühe mehr als im Vorjahre. — Auf Anregung der Sanitäts-Commission ist zum Zweck der Desinfection im hiesigen Polizeigebäude eine Räucherlampe errichtet worden, weil thatsächlich durch obdachlose Personen häufig ansteckende Krankheiten verbreitet werden. — Auf dem Bahnhöfe zu Zmorog hiesigen Kreises wurde der Knabe Theophil Kojolek von einem durch Bahnarbeiter gefahrenen Eisenbahnwagen zu Boden geworfen und demselben das rechte Bein überfahren. Der Schwerverletzte ist sofort nach dem Kreislazareth zu Dar-

nowitz geschafft worden, woselbst die Amputation des Beines erfolgen dürfte. Der Knabe soll durch Unvorsichtigkeit das Unglück herbeigeführt haben. — Vorgestern Nachmittag gegen 4 Uhr wurde dem Beckentranten S. Hammer aus Poremba, welcher hier Waaren verladen wollte, ein Gepann, bestehend in einem gewöhnlichen Arbeitswagen mit brauner Stute, auf der Bahnhofsstraße gestohlen. Der Dieb ist indes mit dem gestohlenen Fuhrwerke in Laband angehalten und verhaftet worden. — Vor einigen Tagen wurde in dem Gehöft des Gastwirths Braun zu Kojentzin, bei welchem kürzlich durch Abrennen einer Dynamitpatrone vor einem nach dem Hofe liegenden Fenster nicht unbedeutender Schaden verursacht worden war, ein Badet mit 6 Dynamitpatronen und einer Fädningsnur angezündet. Ob die Patronen zur Verübung eines neuen Subentzides dienen sollten, ist bis jetzt nicht ermittelt worden, keinesfalls aber trägt dieses Vorkommen zur Beruhigung der Bewohner jenes Hauses bei, die einen Racheact vermuthen.

Handel, Industrie etc.

Berlin, 25. Febr. [Börse.] Vor Beginn der officiellen Börse trug der geschäftliche Verkehr eine sehr feste Physiognomie und Deffier-Creditactien setzten fast mit höchstem Course von gestern ein, die Festigkeit konnte sich jedoch nicht lange behaupten, wenigstens büßte der Cours der Creditactien, die heute fast überhaupt nur das Interesse der Speculation in Anspruch nahmen, einige Mark bei Eröffnung des officiellen Geschäftes ein. Im weiteren Verlauf schwankten Creditactien mehrfach auf- und abwärts, bis sie in der ersten Hälfte der zweiten Börsenstunde, auf eine Meldung aus Breslau, einen stärkeren Courzurückgang erlitten. Aus Breslau wurde nämlich gemeldet, daß man dort Nachricht erhalten habe über einen ungünstigen Geschäftsabschluss der Ungar. Creditbank. Die Abchwägung in der Tendenz nahm nun, je weiter sich die Börse ihrem Ende näherte, zu; zum Theil in Folge von Realisationen, die nach dem vorangegangenen rapiden Coursaufschwung wohl auch erklärlich genug sind. Creditactien erlitten gegen ihre höchste Notiz einen Abschlag von 7 M., und wäre unter den obwaltenden Verhältnissen wohl auch ein größerer Rückgang berechtigt gewesen; daß derselbe nicht eintrat, ist dem Umstande zuzuschreiben, daß doch noch immer ein gewisses Haufen-Interesse, welches durch den ungemein flüssigen Geldstand begünstigt wird, besteht. Die heute erfolgte Brämienerklärung wirkte auf den Gang des laufenden Geschäftes nicht ein, obgleich die Stude fast allgemein zur Abnahme kamen, da die Engagements meist aus einer Zeit datiren, die den Verlauf des Geschäftes nicht zweifelhaft ließ, und da sich inzwischen vielfach Gelegenheit bot, das Material anderweit zu placieren. Deffier-Creditactien gingen lebhaft um, Franzosen und Lombarden blieben ruhiger. Die österreichischen Nebenbahnen blieben vernachlässigt. Wenig fest waren die localen Speculationseffecten. Für Disconto-Commandit-Actien prävalirte das Angebot. Dieselben notiren: ult. 133 1/2 — 1/4 — 1/2, Laurahütte ult. 65 1/2 — 1/4 — 1/2. Ausländische Staatsanleihen konnten sich nicht auf ihren letzten Notierungen halten, trotzdem sie nur sehr mäßig umgekehrt wurden. Russische Werthe matter. Sproc. Anl. per ult. 86 — 85 1/2. Noten zieml. lebhaft, per ult. 200 1/2 — 199 1/2 — 199 1/2, per März 201 1/2 — 200, (Vorsprämie 202 1/2). — Breussische und andere deutsche Staatspapiere fest aber unbedeutl. Auch Eisenbahn-Prioritäten hatten von ihrer bisherigen Regsamkeit eingebüßt. Auf dem Eisenbahnactien-Markt herrschte eine ausgesprochene matte Haltung und blieben die Umsätze eng begrenzt. Nur Anhalter waren zu etwas höherem Course begehrt. Rumänen zogen bei mäßigen Geschäft etwas an. Bank-Actien mußten vielfach in den Courren nachgeben. Schaaffhausen, Meiningen Bank, Gothaer Grundcreditbank, Leipziger Creditbank, Amsterdamer Bank, Bergisch-Märkische Bank, Bafeler Bankverein, Posener Provinzialbank, Essener Creditbank und Schlef. Bankverein höher. Deutsche Bank konnte sich dagegen nicht behaupten. Ebenso kam Breslauer Discontob. niedriger zur Notiz. Industriepapiere waren wenig fest und theilweise auch nur in sehr geringem Maße am Verkehre. Dessauer Gasactien zogen etwas an, ebenso auch Greppiner Werke, Breslauer Delfabriken niedriger, Passage gedrückt. Montanwerthe ruhiger, vielfach überwas das Angevot. Nur Gelsenkirchen und Dortmund steigend, Bergeluis, Pluto, Berg-Mark. Bergw., Leopoldshall, Bochumer Gußstahl und Sibernia kamen niedriger zur Notiz. In der Prolongation bedangen: Credit M. 0,20 bis 0,40 Dep., Lombarden 0,90 Dep., Franzosen glatt mit Cige., Disc.-Comm. 0,10 Rep. bis glatt, Laurahütte 0,10 Dep., Italiener 0,20 Dep., Deffier. Goldrente 0,30 — 25 — 30 Dep., Ung. Goldrente 0,27 1/2 bis 0,25 Dep., do. Papierrente 0,17 1/2 Dep., 5% Russen 0,17 1/2 Dep., neue 0,30 Dep., Russ. Not. 0,60 — 0,75 Rep.

Um 2 1/2 Uhr: Schluß beruhigter. Credit 411,50, Lombarden 115,—, Franzosen 430,50, Reichsbank 153,—, Disc.-Commandit 133,—, Laurahütte 65,50, Ärlen 12,60, Italiener 76,50, Deffier. Goldrente 65,75, Ungarische Goldrente 73,37, Deffier. Silberrente 55,75, do. Papierrente 55,—, 5% Russen 86,—, Köln-Mündener 105,37, Rheinische 107,75, Bergische 77,75, Rumänen 30,25, Russische Noten 199,50, Orient —. — Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterreich. Silberrent.-Sp. 173,75 bez., do. Eisenb.-Couv. 173,75 bez., do. Papier in Wien zahlb. min. 50 Pf. i. Wien, Amerikan. Gold-Dollar-Bonds 4,16 bez., do. Prioritäten 4,15 bez., do. Papier-Dollars 4,15 bez., 6% New-York-City — bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier und verl. min. 75 Pf. i. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ.-Gral. conv. verl. — bez., Russ. Zoll 20,54 bez. u. Br., 22er Russen —, Große Russ. Staatsbahn — bez., Russ. Boden-Credit — bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., 3% Rumänische Div.-Sch. v. 78 — bez., Warschau-Berestopol — bez., 3% und 5% Lombard min. — Pf. Paris, Diverts in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer minus — Pf. Paris, Belgische minus — Pf. Brüssel, Verl. Vir.-Obligat. 20,425 bez.

Berlin, 25. Februar. [Producten-Bericht.] Der Himmel ist bedeckt, die Temperatur wenig über dem Gefrierpunkt. Die Stimmung für Getreide war im Beginn der heutigen Börse scheinbar matt, aber es zeigte sich bald, daß Neigung zum Verkauf äußerst spärlich vertreten gewesen und in Roggen hat man nach wenigen etwas billigeren Abschläffen wieder gestrige Preise bewilligt. Loco ist der Handel ruhig, das Angebot mäßig. — Roggenmehl behauptet. — Weizen wurde nicht sonderlich beachtet, aber Offerten machten sich so rar, daß die Käufer sich den festen, einzeln auf eine Wenigkeit erhobten, Fortreibungen fügen mußten. — Hafer loco preisbaltend. Termine still und ohne Aenderung. — Rüböl in beschränktem Verkehre, die Preise haben sich behauptet. — Petroleum ziemlich fest. — Spiritus geht äußerst wenig um, die Stimmung ist matt. Preise begünstigen die Käufer.

Weizen loco 150—188 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, defecter weißer poln. — M. ab Bahn bez., per Februar — M. bez., per April-Mai 176 1/2 — 177 M. bez., per Mai-Juni 179 1/2 — 180 M. bez., per Juni-Juli 182 1/2 — 183 M. bez., per Juli-August 184 1/2 — 185 M. bez., per September-October 186 1/2 — 185 — 187 1/2 M. bez. Gefündigt — Centner. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 113 bis 128 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russ. 116—118 M., feiner trodener russischer 120 M. Mark, inländischer 122—124 1/2 M., feiner inländischer — M. ab Bahn bez., per Februar 122 1/2 M. bez., per Februar-März 122 1/2 M. bez., per April-Mai 122 1/2 M. bez., per Mai-Juni 122 1/2 M. bez., per Juni-Juli 123 1/2 bis 124 bis 123 1/2 M. bez., per Juli-August 125 1/2 — 126 — 125 1/2 M. bez., per September-October 127 1/2 M. bez. Gefündigt 1000 Centner. Kündigungspreis 122 1/2 M. — Gerste loco 105—183 M. nach Qualität gefordert. — Mais loco 118—123 M. nach Qualität gefordert, ungarischer — M. ab Bahn bez. — Hafer loco 96—134 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gef., ost- und westpreussischer 100 112 M. bez., russischer 95—160 M. bez., ordinär. russ. — M., pommerscher 105—114 M. bez., schlesischer 108—118 M. bez., böhmischer 108—118 M. bez., feiner weißer pommerscher und medlenburgischer 115—118 M. ab Bahn bez., per Februar — M. bez., per April-Mai 114 1/2 M. bez., per Mai-Juni 116 1/2 M. bez., per Juni-Juli 118 1/2 M. bez. — Get. — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Erbsen: Kochwaare 132 bis 190 M., Futterwaare 115 bis 131 M. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. untersteuert incl. Sad Nr. 0: 24,00 bis 23,00 M., Nr. 0 und 1: 23,00 — 22,00 M. bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. untersteuert incl. Sad Nr. 0: 19,25 — 17,75 M. bez., Nr. 0 und 1: 17,50 bis 16,50 M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sad per Februar 17,20 M. bez., per Februar-März 17,20 M. bez., per März-April — M. bez., per April-Mai 17,30 M. bez., per Mai-Juni 17,35 — 17,40 M. bez., per Juni-Juli 17,55 M. bez., per Juli-August 17,70 M. bez. Gefündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß — M., ohne Faß 57,6 M. bez., per Februar 58 M. bez., per Februar-März 57,9 M. bez., per April-Mai 58—58,1 M. bez., per Mai-Juni 58,3—58,4 M. bez., per September-October 60,4 M. bez. Gefündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Keindl loco 58 M. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 21,4 M. bez., per Februar 21 M. bez., per April-Mai — M. bez., per September-October 24,2 M. bez. Gefündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. Spiritus loco ohne Faß 51,4 M. bez., per Februar 51,2 — 51,1 M. bez., per Februar-März 51,2 — 51,1 M. bez., per April-Mai 52,2 M. bez.,

per Mai-Juni 52,3 M. bez., per Juni-Juli 53,2 M. bez., per Juli-August 54,1 M. bez., per September-October 54,6 M. bez. Gefündigt 30,000 Riter. Rindungspreis 51,1 M.

Berliner Börse vom 25. Februar 1879.

Table with 2 columns: Instrument name and price. Includes 'Fonds- und Geld-Course', 'Wechsel-Course', and 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien'.

Table with 2 columns: Instrument name and price. Includes 'Fonds- und Geld-Course', 'Wechsel-Course', and 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien'.

Table with 2 columns: Instrument name and price. Includes 'Hypotheken-Certificat', 'Ausländische Fonds', and 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien'.

Table with 2 columns: Instrument name and price. Includes 'Hypotheken-Certificat', 'Ausländische Fonds', and 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien'.

Table with 2 columns: Instrument name and price. Includes 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien', 'Bank-Papier', and 'Industrie-Papier'.

Table with 2 columns: Instrument name and price. Includes 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien', 'Bank-Papier', and 'Industrie-Papier'.

Table with 2 columns: Instrument name and price. Includes 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien', 'Bank-Papier', and 'Industrie-Papier'.

Table with 2 columns: Instrument name and price. Includes 'Eisenbahn-Prioritäts-Actien', 'Bank-Papier', and 'Industrie-Papier'.

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 25. Febr. Die durch das gestrige Schneewetter auf den sächsischen Bahnen herbeigeführten Störungen sind erst theilweise gehoben, mit Leipzig ist ein Verletzt, ebenso mit Chemnitz. Auch die Berliner Züge sind heute verspätet eingetroffen.

London, 25. Febr. Unterhaus. Smith befragte auf Anfrage Elliotts die Entsendung englischer und französischer Kriegsschiffe nach Alexandrien. Dies sei unter den gegenwärtigen Umständen für nothwendig erachtet worden.

Kopenhagen, 25. Febr. Die Eisverhältnisse im Sund sind unverändert. Die ausländischen Posten sind, da wegen des Schneewetters große Störungen im Eisenbahnverkehr auf Jütland und Fünen eingetreten sind, ausgeblieben.

Petersburg, 25. Febr. Hiesigen Zeitungen ist eine Erklärung des Berliner Bankhauses S. Bleichröder zugegangen, welche einige in dem Proceß Suchanoff gemachte Angaben widerlegt.

Konstantinopel, 25. Febr. Regierungseitig wird mitgetheilt, daß die Berichte des von der Pforte nach dem Pestgebiete in Rußland abgesendeten Specialarztes durchaus beruhigende seien und daß nach den officiellen Berichten der türkischen Consuln in Rußland, weder im südlichen Rußland, noch auch namentlich an dem Litorale des Schwarzen Meeres irgend eine Spur von Pest vorhanden sei.

Newyork, 25. Febr. Nach aus Panama hier eingelangten Nachrichten hat am 14. d. Mts. zwischen den Truppen der Regierung von Antioquia (Republik Columbia) und den dortigen Aufständischen ein Zusammenstoß stattgefunden, wobei 25 Personen getödtet wurden.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

Frankfurt a. M., 25. Februar, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 455. Pariser Wechsel 81, 02. Wiener Wechsel 174, 10.

Hamburg, 25. Februar, Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-A. 118 1/2, Silberrente 5 1/2, Deft. Nationalbank 65 1/2, Ung. Goldrente 7 1/2.

Hamburg, 25. Februar, Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco fest, auf Termine ruhig. Roggen loco fest, auf Termine ruhig.

Liverpool, 25. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 7000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen.

Mandchester, 25. Februar, Nachm. 12r Water Armitage 6 1/2, 12r Water Taylor 7, 20r Water Midgill 7 1/2, 30r Water Bidlow 8 1/2.

Petersburg, 25. Februar, Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Salz loco fest, auf Termine ruhig. Weizen loco fest, auf Termine ruhig.

Danzig, 25. Februar. [Getreidemarkt.] Weizen unverändert. Umsatz 550 To. Winter pr. 2000 Pfund Zollgewicht 170, 00 bis 175, 00.

Paris, 25. Februar, Nachmittags. Rohzucker ruhig, Nr. 10/13 pr. Februar pr. 100 Kilgr. 50, 75, Nr. 5/7/8 pr. Februar pr. 100 Kilgr. 57, 00.

Bremen, 25. Februar, Nachmittags. Petroleum rubig. (Schlußbericht.) Standard white loco 9, 20, pr. März 9, 15, pr. April 9, 25, pr. Mai 9, 25, pr. August-December 10, 15.

Breslau, 26. Febr., 9 1/2 Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen ruhig, bei schwachem Angebot Preise unbedeutend.

Weizen, bei schwachem Angebot gut preishaltend, pr. 100 Kilogr. weißer 13,60 bis 16,00-17,20 Mart, gelber 13,40-15,70 bis 16,60 Mart, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, höhere Forderungen erschweren den Umsatz, pr. 100 Kilogr. 10,30 bis 11,20 bis 11,80 Mart, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, ohne Aenderung, pr. 100 Kilogr. 11,50 bis 13,40 Mart, weiße 13,30-14,20 Mart.

Hafer in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. 9,40-10,00-10,60 bis 12,00 Mart.

Weizen gut verkauflich, pr. 100 Kilogr. 10,00-10,50-11,00 Mart. Erbsen vernachlässigt, pr. 100 Kilogr. 11,60-12,80-14,00-14,80 Mart.

Bohnen ohne Frage, pr. 100 Kilogr. 15,50-16,50-18 Mart. Lupinen in ruhiger Haltung, pr. 100 Kilogr. gelbe 7,50-7,80-8,10 Mart.

Blauer 7,30-7,60-8,00 Mart. Weizen mehr angeboten, pr. 100 Kilogr. 10,40-11,00-11,60 Mart. Delfsaaten schwach angeboten.

Schlaglein in fester Stimmung. Pro 100 Kilogramm netto in Mart und Pf.

Table with 4 columns: Crop type, quantity, price in Mart, price in Pf. Includes Schlag-Weizen, Wintertraps, Sommertraps, Leinöckerl, Rapskuchen, Kleefamen, Weizen, Roggen, Hafer.

Breslau, 26. Febr. [Wasserstand.] D.-B. 5 M. 30 Cm. U.-B. 1 M. 20 Cm.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Table with 4 columns: Date, Time, Temperature, Wind. Includes Feb 25, 26, Luftwärme, Luftdruck, Dunstfättigung, Wind, Wetter.

Literarisches.

Illustrirte Literaturgeschichte in volksthümlicher Darstellung. Von Otto von Leirner. Mit 300 Illustrationen, zahlreichen Tonbildern, Bildnissen und Portraitsgruppen.

„Don Lotario.“ Roman von Anton Wollheim. 3 Bände. Berlin D. Zante. Dieses jüngste Werk des genannten fruchtbarsten Romanciers entspricht den durchschnitlichen Leihbibliotheken-Ansprüchen.

Erster Versuch in Breslau! Handschuh-Verkauf bei electricischem Licht, Paul Rother's Handschuhfabrik, Dblauerstraße Nr. 7.

Dr. König's Klinik für Hautkrankheiten, Breslau, Gartenstrasse 46c.

Visitenkarten, per 100 2, 3 und 4 Mark, Verlobungsanzeigen, 50 Stück 5-6 Mk., Monogramme, 100 Bogen oder 100 Couverts 3 Mk.

Cotillonorden, 100 Stück 3 Mk., bessere 1 bis 3 Mk. das Dhd., Cotillonbouquets und Knallbonbons mit Kopfbedeckungen von 75 Pf. das Dhd. an.

Bodmützen, zu Bodbierfesten, das Dhd. fertigt M. 1,50, Bodklleder, 100 Mt. 2,50, 1000 Mt. 20,00, Lask & Mehrländer, Nicolaistr. 76, Cde Herrentir.

N. Raschkow jr., Hoflieferant, empfiehlt die Papier-Handlung von Cotillon-Geschenke, à Dtdz. 6, 12 und 18 Mk., empfindet die Papier-Handlung von N. Raschkow jr., Hoflieferant.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein. Druck von Graf, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.